

Brüssel, den 12.09.2023. Georgien und Moldau sollen künftig als sichere Herkunftsländer gelten. Schon seit Monaten fordert Bündnis Deutschland eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftstaaten, in die Deutschland Menschen aus diesen Ländern einfacher rückführen kann. Nun hat auch der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz das Thema für sich entdeckt und führt gegenüber der „Funke Mediengruppe“ korrekt an, dass sich die Anerkennungsquote aus Staaten wie Tunesien, Marokko, Algerien oder Indien im Promillebereich befindet.

Filiz Polat, migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, erklärte gegenüber dem Tagesspiegel, dass die Grünen das Konzept der sicheren Herkunftsländer grundsätzlich für falsch halten würden. Der Grünen-Europaabgeordnete Erik Marquardt behauptete ebenfalls gegenüber dem Tagesspiegel, dass kaum Menschen aus sicheren Ländern nach Europa fliehen würden. Die Forderung nach einer Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer sei demnach populistisch. Ihnen pflichtete auch der SPD-Innenpolitiker Hakan Demir bei. Dieser beklagte, dass es immer weniger sichere Länder gäbe. In einer „sorglosen Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsländer“ bestehe kein Lösungsweg. Vielmehr müsse Deutschland Formen legaler Migration massiv vereinfachen.

Lars Patrick Berg, Mitglied des Europäischen Parlaments, kommentierte:

„Schon seit Jahren wollen die Grünen bei der Liste sicherer Herkunftstaaten nicht mit sich reden lassen. Den Erfolg ihrer Blockadehaltung ermöglichte auch die CDU, durch die Beteiligung der Grünen an zahlreichen schwarz-grünen Landesregierungen. Die in der Sache richtigen Forderungen von Friedrich Merz wirken vor diesem Hintergrund wenig glaubwürdig.“

Hört man dieser Tage Äußerungen wie jene von Herrn Marquardt und Herrn Demir, wird deutlich, dass Grüne und SPD kein ernstes Interesse an einer Begrenzung der illegalen Migration nach Deutschland haben. Die Probleme überlasteter Kommunen, denen es an Wohnraum, Sprachkursen, Bildungsangeboten und medizinischen Ressourcen mangelt, scheinen Politikern linker Parteien noch immer völlig gleichgültig zu sein.

Wäre Herrn Marquardt an der Glaubwürdigkeit seiner Partei gelegen, sollte er nicht bloß die feministische Außenpolitik von Frau Baerbock unterstützen, sondern auch für eine feministische Innenpolitik eintreten. Infolge der unkontrollierten Einwanderung werden die Angsträume für Frauen schon seit Jahren immer größer. Insbesondere Asylbewerber ohne Bleibeperspektive, die durch eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftstaaten schneller abgeschoben werden könnten, begehen in Relation zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich mehr Straftaten.

Die Grünen wollen ein Deutschland mit grenzenloser Aufnahmebereitschaft, ganz gleich, welche Folgen dies für die Bevölkerung bedeutet. Wie weit man sich von der Lebenswirklichkeit normaler Bürger entfernt hat, zeigte sich zuletzt schon bei den Debatten um das Heizungsgesetz, Sanierungszwänge und höhere CO₂-Steuern.

Die Grünen wollen ein anderes Deutschland. Folgt man ihrem politischen Konzept, wachen wir schon bald in einer gespaltenen Gesellschaft auf, die deutlich ärmer, unfreier und unsicherer lebt. Wer behauptet, dass die Urlaubsländer Indien und Marokko keine sicheren Herkunftsländer wären, belügt seine Wähler, vielleicht auch sich selbst“